

Den Worten Taten folgen lassen

10 Vorschläge der Diakonie zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Hamburg

Die Situation am Wohnungsmarkt in Hamburg ist seit Jahren dramatisch. Vor allem die Personengruppen, die am Wohnungsmarkt besonders benachteiligt sind (arme Haushalte, arme und große Familien, Jungerwachsene, Menschen mit Behinderungen, Migrant/-innen, Obdachlose) sind mit massiver Wohnungsnot konfrontiert.

In Hamburg herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass in erheblichem Umfang neue und preiswerte Wohnungen gebaut werden müssen. Die Diakonie teilt diese Auffassung, zumal der Neubau von Sozialwohnungen immer noch hoffnungslos hinter dem Bedarf zurückbleibt. Doch bis sich die Situation durch Neubau von Wohnungen für alle entspannt, werden noch Jahre vergehen. Die alleinige Konzentration auf zukünftige neue Wohnungen wird der dramatischen Situation heute nicht gerecht. Benachteiligte Personengruppen brauchen jetzt Hilfe.

Die Diakonie fordert daher einen verbesserten Zugang zum existierenden Bestand ein zwingend notwendiges zweites Standbein, um Wohnungsnot zu vermeiden und Wohnungslosigkeit abzubauen.

Auf der Basis der wohnungspolitischen Eckpunkte 2011 (<http://www.diakonie-hamburg.de/fix/files/doc/Mehr%20als%20ein%20Dach%20%FCber%20dem%20Kopf.pdf>) schlägt das Diakonische Werk daher 10 Schritte vor, um Wohnungsnot jetzt zu bekämpfen und besonders benachteiligten Menschen unmittelbar zu helfen.

1. Die Wohnungswirtschaft auf ihren sozialen Versorgungsauftrag verpflichten

Das gilt insbesondere auch für die SAGA/GWG als kommunales Unternehmen mit 130.000 Wohnungen. Die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Unternehmens müssen so gestaltet werden, dass sie ihre Schlüsselrolle bei der Erschließung von Wohnraum für Benachteiligte erfüllen kann. So muss ggf. die restriktive Gewinnabführungspflicht der SAGA an die FHH gelockert werden, um Luft zu schaffen für Begleitkosten, die bei der Vermietung an benachteiligte Personengruppen entstehen können.

2. Den Bestand an Sozialwohnungen sichern und ausweiten

Da wo die Stadt, etwa bei Grundstücksvergaben, entsprechenden Einfluss hat, sollte jeder Bauherr in jedem Stadtteil beim Bau von Mehrfamilienhäusern verpflichtet werden, eine feste Quote von Sozialwohnungen zu bauen.

3. Wohnungsnotfallhilfeplanung aus einem Guss entwickeln

Politik gegen Wohnungsnot ist bisher zersplittert, kurzatmig und „auf Sicht“ gestaltet worden. In der Konsequenz stagniert die Wohnungslosigkeit in Hamburg seit Jahren auf hohem Niveau, während die Zahlen ansonsten bundesweit deutlich sinken. Notwendig ist eine integrierte und konsistente Sozialplanung, die die Hilfemaßnahmen für vorrangig Wohnungssuchende, Obdachlose, die öffentliche Unterbringung sowie den Präventionsbereich umfasst. Es gilt, ausgehend von einer Bestandsaufnahme in einem Gesamtkonzept überprüfbare zeitliche und inhaltliche Ziele zu formulieren und daraus abzuleiten, wie und mit welchen Ressourcen die Wohnungslosigkeit in Hamburg abgebaut werden soll.

4. Diskriminierung am Wohnungsmarkt bekämpfen

Fehlendes Einkommen ist sicher die zentrale Zugangsbarriere zum Wohnungsmarkt. Doch daneben gibt es immer wieder Fälle, in denen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer körperlichen Beeinträchtigung, ihres Alters oder aus anderen Gründen Wohnungen verweigert werden. Es muss sichergestellt werden, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auch im Bereich der Wohnungsvermittlung uneingeschränkt zur Geltung kommt. Die Verwaltungen und Geschäftsstellen der Wohnungsgesellschaften müssen interkulturell fortgebildet und sensibilisiert werden.

5. Zielgruppenspezifische Programme entwickeln

Die Zielgruppen, die besonders auf Förderung angewiesenen sind, müssen auch tatsächlich von den öffentlichen Fördermitteln profitieren. Etwa die Hälfte aller Hamburger Haushalte ist zurzeit zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigt sind. Besonders benachteiligte Haushalte gehen da leer aus. Entsprechend bedeutsam ist daher z. B. eine deutlich verstärkte Akquise von Belegungsrechten.

6. Menschen mit Behinderung beim Bezug einer eigenen Wohnung unterstützen

Die Ermöglichung des Wohnens im eigenen Wohnraum für Menschen mit Behinderungen ist ein breit getragenes sozialpolitisches Ziel. Die Träger der Eingliederungshilfe scheitern mit ihren Bemühungen jedoch immer wieder daran, dass von der Wohnungswirtschaft zu wenig Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Menschen mit Behinderung dürfen nicht weiter entmündigt werden. SAGA/GWG und andere Wohnungsbaugesellschaften müssen die UN-Behindertenkonvention mit umsetzen und Menschen mit Behinderungen als direkte Mieter akzeptieren.

7. Verträge sind einzuhalten

Die von der Wohnungswirtschaft im Rahmen des Fachstellenkonzepts seit 2005 vertraglich zugesagten Wohnungskontingente zur Versorgung wohnungsloser Haushalte sind bis heute nicht erbracht. Die Wohnungswirtschaft muss ihre vertraglichen Verpflichtungen endlich erfüllen und im Weiteren die Kontingente erhöhen. Der Rechnungshof hat die fehlenden Sanktionsmechanismen in den Verträgen kritisiert. Vertragswidriges Verhalten muss daher mindestens Öffentlichmachung der verantwortlichen Unternehmen nach sich ziehen.

8. Persönliche Hilfen ausbauen

Vor allem wohnbegleitende soziale Dienste müssen ausgebaut werden, denn das derzeitige Hilfesystem für wohnungslose und ehemals wohnungslose Menschen ist stark überausgelastet. Insbesondere der Ausbau persönlicher Hilfen im eigenen Wohnraum kann die Bereitschaft der Wohnungswirtschaft erhöhen, Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

9. Die Qualität der Wohnunterkünfte verbessern

Viel zu viele Menschen müssen viel zu lange in den Einrichtungen der öffentlichen Unterbringung bleiben. Gleichzeitig werden die Unterkünfte von vielen Menschen, die jetzt noch auf der Straße leben, nicht akzeptiert. Die Lebensbedingungen in den Einrichtungen müssen verbessert werden: kleine dezentrale Einheiten, Wahrung der Privatsphäre, Einzelzimmer, familiengerechte Ausgestaltung etc.

10. Der Unterbringungsverpflichtung umfassend nachkommen

Die ordnungsrechtliche Unterbringungsverpflichtung für Kommunen gilt für alle Obdachlosen unabhängig von der Nationalität und dem sozialrechtlichen Status. Es muss sichergestellt werden, dass auch nicht-deutsche Obdachlose untergebracht und angemessen versorgt werden.